Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich [illegible] in der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 70 Pfg. u. wöchentlich [illegible] Bei der Post bestellt und [illegible] gehalt vierteljährlich 2.40 [illegible] monatlich 80 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 84 Pfg. [illegible] täglich in den Mittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Festtagen. Unsere Zeitungsträger und Austrägerinnen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg., Reklamezeile 90 Pfg. für Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., sonst 60 Pf. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler infolge Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 4 — Sonnabend, den 5. Januar 1918 — 13. Jahrgang

Die Russen beharren auf Stockholm.

Das englische Friedensbarometer.

Die Taktik der englischen offiziellen Politik geht sichtlich darauf aus, die klare Sachlage, die durch das Abkommen von Brest-Litowsk geschaffen worden ist, nach Möglichkeit zu verdunkeln, um noch in letzter Stunde, noch schnell, ehe Rußland und die Mittelmächte sich finden, zu britischem Nutz und Frommen im Trüben fischen zu können. Die widersprechenden Meldungen über die Stellung, die Lloyd George und mit ihm die anderen Ententegenossen zu dem russischen Vorschlag einnehmen, lassen darauf schließen, daß besonders die englische Kriegspartei in eine gewisse Zwickmühle geraten ist. Ihr Ideal ist zwar offiziell noch immer der Krieg bis aufs Messer, auf der andern Seite sind aber die Widerstände gegen den „Krieg bis zum Aeußersten" und für einen Verständigungsfrieden stark im Wachsen. Allerlei Anzeichen, deren stärkstes die von Reuter sorgfältig verschwiegene Unterhausdebatte über die Anfragen der pazifistischen Abgeordneten Collins und Ponsonby ist und die bereits vor dem Bekanntwerden der Brest-Litowsker Abmachungen stattfand, beweisen, daß das Beispiel der deutsch-russischen Verständigung auch die Gemüter ernsthafter englischer Politiker zu beschäftigen beginnt. Aus ihnen geht mit einiger Klarheit hervor, daß die Anhänger einer Verständigung auch im englischen Parlament sowohl an Zahl wie an Einfluß gewonnen haben. Die Gegner der Regierungspolitik waren nicht nur das kleine Häuflein grundsätzlicher Pazifisten, sondern Politiker von Rang und Namen. Das Bemerkenswerte in ihren Reden ist die Tatsache, daß sie weit davon entfernt sind, sich von Ideologien leiten zu lassen. Ihre Beweggründe sind rein praktischer Natur und wurzeln in der Erkenntnis, daß die Fortführung des aussichtslosen Kampfes schweren Schaden für England im Gefolge haben müßte. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des früheren Handelsministers im Kabinett Asquith, Runciman, der das Versteckspielen des Kabinetts Lloyd George mit den Kriegszielen aufs schärfste tadelte. Er warnte vor der gefährlichen Absicht, die Bundesgenossen durch solche Mittel zum Weiterkämpfen zu veranlassen.

Zwar ist es noch lange nicht so weit, daß im englischen Parlament eine regelrecht organisierte Opposition mit einem Verständigungsfriedenprogramm sich aussichtsreich bemerkbar macht; die Ereignisse der letzten 10 Tage werden aber ihre Wirkung auf die englische Volksvertretung nicht verfehlen und den schwankenden Elementen den Nacken steifen. Auf positive Ergebnisse oder gar auf eine Zustimmung Englands und seiner Verbündeten zu dem russischen Vorschlag darf man freilich nicht rechnen, denn Lloyd George ist immer noch stark genug, um seine Künste zu Gunsten einer radikalen Kriegspolitik wirksam spielen zu lassen. So stark aber ist er doch nicht mehr, daß er heute noch wagen könnte, die Brest-Litowsker Ereignisse mit jener großen Geste abzulehnen, mit der er bisher jede Friedenserwägung abgelehnt hat.

Auch in England bleibt das Friedensbarometer — wenn auch langsam — weiter im Steigen; unter dem Druck der Tatsachen, sowohl der politischen wie der militärischen, wird der Kreis der Leute, die die Aussichtslosigkeit der Politik des Kabinetts Lloyd George begreifen lernen, von Tag zu Tag wachsen. Mag deshalb Herr Lloyd George im Augenblick durch ein Manöver die Sache des Friedens in Verwirrung bringen, den Lauf der Ereignisse, der zur allgemeinen Verständigung drängt, wird auch er auf die Dauer nicht aufzuhalten vermögen. Im übrigen sind wir, wie neulich der Kanzler und Dr. Solf gesagt haben, längst darauf eingestellt, daß über den deutsch-englischen Frieden nicht mit dem alten Waliser Kriegsdemagogen, vielleicht aber schon mit seinem Nachfolger zu verhandeln sein wird.

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 5. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front, östlich von Ypern, in einzelnen Abschnitten zwischen Scarpe und Somme, sowie in Gegend Avocourt und St. Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhafte Feuerkämpfe. An der übrigen Front blieb die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt.

Oestlich von Bulleconrt hatte eine gewaltsame Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und dem Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wortlaut der Reichskanzler-Erklärung vor. Zunächst sprach im Hauptausschuß der Abg. Graf Westarp. Dann ergriff

Reichskanzler Graf von Hertling

das Wort zu folgenden Erklärungen:

Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß das, was gestern galt, heute vielleicht nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen rechnen müssen. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein. Schon früher hat wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch aussprechen lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorschläge machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die Schwierigkeit anführen, daß die Drahtverbindungen, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten, wie Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg, haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut —, in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würden. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden. Ich habe daher den Herrn Staatssekretär von Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo.)

Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zur Verhandlung ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiterverhandeln. Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unseres Vorschlages nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmung. In der russischen Presse wird und insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Ich muß diese Insinuierung zurückweisen. (Bravo.) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo!)

Der Hauptausschuß vertagte sich nach dieser Erklärung, um den Fraktionen Gelegenheit zu bieten, zunächst unter sich über die Lage zu beraten.

Die abgelehnte Verlegung nach Stockholm.

Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. Mts. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbundmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der unter Berufung auf einen Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Auslande fortzusetzen. In Erwiderung hierauf haben die Delegationen der vierverbündeten Mächte an Herrn Joffe am 4. d. Mts. telegraphiert, daß sie jede Verlegung des Verhandlungsortes ablehnen, da verabredet worden sei, die Verhandlungen spätestens am 5. d. Mts. in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

Die Ukrainer in Brest-Litowsk.

Am 1. d. Mts. ist die aus vier Bevollmächtigten bestehende Friedensdelegation der ukrainischen Volksrepublik in Brest-Litowsk eingetroffen. Alle vier Vertreter sind Mitglieder der ukrainischen Zentralrada (des ukrainischen Parlaments) und der allrussischen konstituierenden Versammlung in Petrograd. Die Delegierten der Ukraine haben alle Vollmachten von der ukrainischen Volksregierung zur Führung der Friedensverhandlungen. Im Gespräch mit dem Korrespondenten des W. T. B. erklärten die Bevollmächtigten u. a., daß nach der Note des Generalsekretariats (der Regierung der Ukraine) die ukrainische Republik jetzt den Weg selbständiger internationaler Beziehungen einschlage. Die Ukrainer hätten zurzeit der Kriegserklärung keinen Staatskörper gebildet und hätten weder direkt noch indirekt an der Entfachung des Weltbrandes Anteil gehabt. Jetzt, nachdem das Volk der Ukraine einen festen Staat geschaffen habe, wünsche es den schleunigen Abschluß eines demokratischen Friedens.

Die Haltung des Reichstags.

In parlamentarischen Kreisen weist man nach der „Nat. Ztg." darauf hin, falls die Ereignisse in Brest-Litowsk zum absoluten Abbruch der Verhandlungen führen sollten, dies eine Veränderung der parteipolitischen Konstellation nach sich ziehen könnte und zugleich eine neue Richtung unserer auswärtigen Politik bedinge und ermögliche. Im Anschluß an die gestrige Sitzung des Hauptausschusses fand eine mehrstündige vertrauliche Besprechung zwischen führenden Mitgliedern der Nationalliberalen und des Zentrums statt. Im Verlauf der Aussprache wurde vollkommene Einmütigkeit in der Beurteilung des energischen Auftretens des Grafen Hertling und der dadurch geschaffenen Lage festgestellt.

Eine Mahnung der „Köln. Ztg."

Man schreibt der „Köln. Ztg." aus dem Felde:

„Die Friedensverhandlungen im Osten nehmen ihren Fortgang. Wenn Deutschlands Vertreter sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen zeigen sollten, so wird das deutsche Volk den Schaden bezahlen müssen. Die russischen Revolutionäre haben glänzende Worte auf ihre Blutfahne geschrieben: keine gewaltsamen Annektierungen, Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Freiheit, Völkerfrühling. Keiner in Deutschland, der die Schönheit dieser Worte kennt, kann sich dem Banne ihrer goldenen Verheißung ganz entziehen. Und dennoch gilt es für Deutschland jetzt mehr als je zuvor, argwöhnisch auf der Hut zu sein. Wir haben nie den Ehrgeiz unserer heuchlerischen Feinde gehabt, Völker zu befreien und zu beglücken. Von unserer Kultur mochten sie sich holen, soviel sie wollten; wir gaben in verschwenderischer Fülle, was wir hatten. Im übrigen aber mochten sie auf ihre Art selig werden. So möge es auch jetzt sein: an uns müssen wir denken, mit dem heiligen Egoismus, den Italien uns gelehrt hat, mit der kalten Geschäftsmäßigkeit, die wir vom Präsidenten Wilson kennen.

Politische Uebersicht.

Der Zwischenfall von Brest-Litowsk.

Die Erklärungen des Reichskanzlers.

Bereits gestern haben wir in einem Extrablatt kurz Mitteilung gemacht von der bedeutsamen Wendung in den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, wie sie gestern durch Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Grafen Hertling zur Kenntnis des Hauptausschusses des Reichstages gebracht worden ist. Nunmehr liegt der